

heiten, ist selbstverständlich viel größer, wenn die Menschen so nahe aneinander sitzen. Diese „Arme-Leute“-Wohnungen und Massenquartiere sind zudem meistens schlecht lüftbar und haben wenig Sonne. Wo die Sonne nicht hin kommt, kommt der Arzt hin“, sagt ein altes Sprichwort.

Die sogenannten „Bazillenträger“, das sind Menschen, die selber nicht krank sind und dessen ungeachtet durch Ausatmung und andre Ausscheidung von Bazillen andre anstecken können, wirken in den überfüllten Wohnungen verhältnismäßig noch viel gefährlicher als sonst.

Zweifellos sind solche traurige Wohnverhältnisse mit eine Ursache für Alkoholismus; sie können auf die Unglücklichen, die sie beherbergen, keine Anziehungskraft ausüben, die größer wäre als die der Wirtschaft.

Unser bürgerliche Gesellschaft, aus der die jetzige Regierung hervorging, ist die berufene Hüterin der Volkswirtschaft. Wenigstens gebietet sie sich so, wenn vernünftige Anordnungen des Strafrechtes an das Leben, etwa Aufhebung des § 218, vorgebracht werden; was denkt sie von der „Sittlichkeit“ in der Atmosphäre solcher Massenquartiere? Nichts, denn wo es ungesund ist, denkt sie überhaupt nicht.

Die Wohnungsfrage ist ein brennendes, ein freßendes Problem. Es brennt der Volksgesundheit Wunden und frißt Menschen. Sämtliche Maßnahmen zur Abhilfe sind unzureichend, wenn nicht ganz an der Wurzel angefaßt wird. Die Mittel heißen Bodenreform und Siedlungspolitik. Das sind Regierungsaufgaben, für die es sich lohnt, zu regieren.

Was bedeutet denn regieren eigentlich? Wirklich nur, wie es in der Blütezeit des Spartakismus ein seither verschwundener Spartakist erklärte: Sorge für das Privateigentum? Man möchte es von dieser Regierung denken, wenn man sieht, wie sie der festgestellten Not begegnet will.

Agrarzölle, Zölle auf Lebensmittel schlägt sie vor und Industriezölle. Das ist verteuerte Lebenshaltung. Mehr als das, ich will nur eine Wirkung hervorheben, die im Zusammenhang mit dem Wohnproblem steht. Agrarzölle bringen erhöhten Bodenrenten, d. h. sie verteuern den Boden, nicht nur das Produkt. Die Erfahrung lehrt, daß die Bodenrente nur regelmäßig mit den Preisen steigt, aber nie mit den sinkenden Preisen wieder zurückgeht.

Was bedeuten der Zollvorläge gegenüber die 150 000 Wohnungen, die die Regierung jährlich erschaffen will? In Tropfen gibt sie's, in Schöpfeln nimmt sie's.

Statt Verbilligung der Wohnungen, damit das Volk sich gesunde Wohnungen leisten könnte, Verteuerung durch Verteuerung von Boden und Material. Statt Lösung des Bodenreformproblems in dem Sinne, daß der Boden oder seine Rente endlich in den allgemeinen Besitz übergeführt würde — dann erst hätte jeder Deutsche wirklich ein Vaterland — Mehrbelastung des Volkes mit der privatwirtschaftlichen Bodenrente bis zur Unerschwinglichkeit!

Die Regierung macht es sich wahrlich zu leicht! Wie lange werden wir es noch ertragen? —

Scheidemanns Rücktritt

M. Kassel, 12. Juli. (Sig. Draht.) Am Montag desabends eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung mit dem Abschiedsgesuch des Oberbürgermeisters Heinrich Scheidemann. Das Gesuch, das mit dem 1. Oktober in Kraft tritt und auf den Gesundheitszustand des Genossen Scheidemann zurückzuführen ist, wurde einstimmig genehmigt. Gleichzeitig wählte die Stadtverordnetenversammlung als Nachfolger Scheidemanns den bisherigen Vizepräsidenten der Regierung in Kassel, Dr. Hermann Stadler. Als zweiter Bürgermeister wurde der Regierungsrat im preußischen Kultusministerium, Dr. Lahnmeier, gewählt.

In den deutschnationalen und völkischen Konventionen kann also wieder einmal ein „Zieg“ gefeiert werden. Die Sage der Niedertracht ist nicht ohne Erfolg geblieben. Zwar ist es kein voller Erfolg, den die reaktionären Spieler in Stoffel zu verzeichnen haben, denn an die Stelle Scheidemanns tritt ein Demokrat und Republikaner, allein Kompromiß hin, Kompromiß her — Scheidemann ist vollständig von seinem bisherigen Amt verdrängt worden.

Die Sage gegen Scheidemann ist ein Teil jenes großen Netz- und Verleumdungsfeldzuges, der seit Jahren gegen die deutsche Republik im Gange ist. Am Kampf Mann gegen Mann, im Kampf mit offenem Visier — das wehrt die Reaktion genau — in der Republik nicht beizukommen; deshalb soll der neue Staat, soll das neue soziale und kulturelle Leben in Deutschland im Schamm und Schmutz der täglichen Verteilung, Kränkung, Ehrabschneiderei erstickt werden. In Scheidemann wollte man gerade den Mann treffen, der auf der rechten als der eigentliche Totengräber der Monarchie erdient. In ihm sehen die deutschnationalen die Inkarnation des Riesenwortes: „Was sollen wir, das stoße man, das es auch fasselt!“ Deshalb begann mit dem allgemeinen Verleumdungsfeldzug der schamlose Kleinriegel gegen Scheidemann. Als man Erzberger und Rathenau aus Leben ging, lud man auch für Scheidemann die Pistolen, wachte auch für ihn das Gift. Auch er sollte daran glauben. Das Werk, das den Mordtuben nicht gelang, das festete die giftigen Jungen deutschnationaler und völkischer „Moralprediger“ munter fort. Was sie z. B. im Wahlkampf im Mai 1924 geleistet haben, übersteigt jede Vorstellung. Die Gemeinheit erreichte ihren Höhepunkt, als sich im Laufe der Zeit in dem Kasseler Stadtparlament das Mehrheitsverhältnis um zwei Stimmen zugunsten der Rechten veränderte hatte. Mitrazenspotium, danach Abbaubeschluß, immer neuer Krach, dazu Entfernung sämtlicher besetzten sozialdemokratischen Stadträte, Heranziehung Scheidemanns in den Ebert-Prozess, keine Schonung, keine Rücksicht; je fröher Scheidemann wurde, desto gemeiner die Gege. Kaum hatte er sich vom Krankenlager erhoben, da begann das Steffeltreiben gegen ihn von neuem. Man wollte ihn körperlich und seelisch zerbauen. Konnte man ihn schon nicht töten, dann wollte man ihn wenigstens völlig kampfunfähig, zu einem zernürrten und toten Mann machen.

Gegenüber den Wunden ist der Anständige immer im Rechte. Dieses bekannte Wort Webers hat sich wieder einmal bewährt. Scheidemann aß von Kassel, geht von seinem Posten. Einen gewissen Erfolg hat die Sache davongetragen. Nutzen aber bringt er den „Siegen“ auf die Dauer nicht. Was so aus Gemeinheit und Schamlosigkeit gewachsen ist, kann nicht wirklich „fern“ und „lebendig“

sein. Es gibt in der Geschichte, wie Jbren es ausdrückt, Züge, die starr bleiben, und Niederlagen, die fruchtbar werden. Das Martyrium, das in Deutschland jedem republikanischen Führer beschieden ist, ist zwar unendlich bitter für ihn selbst, aber doch zugleich Kraft und Stärkung für die Republik.

„Fahrlässige Beamte“

Der Wohnstättenreform-Prozess hat nach vierwöchiger Verhandlungsdauer mit einem freispruch sämtlicher Angeklagten geendet. Straflos ist die Angelegenheit abgeschlossen, moralisch hat sie gesiegt. Aber das Gericht hat nach dem Buchstaben des Gesetzes nicht zu richten, und deshalb gingen die drei Ministerialbeamten Glaz, Wenzel und Breitshneider frei aus. Was haben die drei Beamten getan? In der Zeit der größten Wohnungsnot und der gefährlichsten Wirtschaftskrise haben sie Gelder, die vom Reich zur Verfügung gestellt waren, einem Privatunternehmer zufließen lassen, dessen Ein oder Nichtsein für niemand anders von wirtschaftlicher Bedeutung war als für die vier Unternehmer, die den Nutzen aus dem Betriebe zogen.

Zeit Weischen der beurlaubten Republik ist, so bemerkt zu dem Prozeß das Berliner Tageblatt immer wieder von den Reichsparteien Kritik an der Demokratisierung der Beamtenenschaft geübt worden. Immer wieder wurde als Ideal für die Verwaltung der Staatsmaschine der Vorkriegsbeamte hingewiesen.

1 Milliarde Goldmark und mehr noch

und mehr noch soll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelzöllen zufließen!

150 Goldmark und mehr noch

soll ihr jeder Familienvater opfern!

Um 10 Proz. und mehr noch

soll sein Reallohn sinken!

Wehrt euch gegen die Zollvorlage!

stellt, der das Kaiser der Anrecht, treuer Pflichten erfüllung war. Die drei im Ebert-Prozess moralisch verurteilten Ministerialbeamten waren solche Vorkriegsbeamte. Sie haben sich in dem Augenblick als völlig unzuverlässig erwiesen, als sie selbständig disponieren, als sie selbst eine Verantwortung tragen sollten. Sie zeigten gleich eine maßlose Heberlei über ihren eigenen Fahrlässigkeit. Sie vergaßen, daß sie Pflichten für die Allgemeinheit hatten. Sie handelten wie schamlose Kaufleute, die ungeschäftig spekulieren. Es ist bemerkenswert, daß gerade diese drei Beamten den Reichsparteien sehr nahe stehen. Einer von ihnen, der Regierungsrat Wenzel, ist sogar der Schwiegervater des deutschnationalen Reichsinnenministers Schiele.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den freispruch im Ebert-Prozess Berufung eingelegt. Das Disziplinarverfahren geht jetzt nach der Fällung des Urteils seinen Gang weiter. Es ist immerzu lebendig durch die Anklageerhebung des Staatsanwalts unterbrochen worden.

Im Disziplinarverfahren dürfen die drei angeklagten Ministerialbeamten Glaz, Wenzel und Breitshneider nicht so glatt durchkommen wie im Ebert-Prozess, da sie die erste Pflicht des Beamten, dem Staat und der Allgemeinheit zu dienen, groß vernachlässigt haben.

Schwerindustrie und Fertiginindustrie

Die Verhandlungen im Handelspolitischen Ausschuss sind, seit über die Metallwaren verhandelt wird, wesentlich lebendiger geworden. Zwar spielt sich alles in äußerlich glatten Formen ab, der steiffließende Gegensatz zwischen Schwerindustrie und Fertiginindustrie ist unübersehbar. Einmal kam diese Differenz auch bei den Bestimmungen zum Ausdehn, als gegen die Vertreter der Schwerindustrie die Wiedereröffnung von Zöllen auf Feinbleche, die der Reichsrat gestrichelt hatte, abgelehnt wurde. Trotzdem bleibt das Festreden, die Zollverhandlungen durchzusehen, maßgebend.

In der Spezialdebatte fragte Genosse Dismann die Regierung, inwieweit die Klagen der Schwerindustrie bei den Zollvorlägen Berücksichtigung gefunden haben. Die schlechte Lage der Hufeisenindustrie zum Beispiel könne unter keinen Umständen, wie es die Auslassungen der verschiedenen Interessengruppen glauben machen wollen, auf die Beschäftigung der Arbeiterzeit und die angestrebte hohen Löhne zurückgeführt werden. Die Statistik lasse erkennen, daß in anderen Ländern in der gleichartigen Industrie bedeutsame höhere Löhne gezahlt würden, ohne daß die Konkurrenzfähigkeit dieser Länder darunter leide. Folglich, wie sie die Regierung bei den Zollprodukten vorziehe, würden von den schützenden Maßnahmen in der Fertiginindustrie begleitet sein. Die Sozialdemokraten müßten sich deshalb den ersten Maßnahmen aus den Reihen der weiterverarbeitenden Industrie anschließen. Wie gefährlich die ganze Tendenz sei, bemerke das Bestreben bestimmter Industriegruppen, ihre Betriebe nach dem Ausland zu verlegen. Dr. Reichardt, der Mann der Schwerindustriellen, verlangte zum

Schutz gegen die englische Konkurrenz

Schutz gegen die englische Konkurrenz für Feinbleche einen Zoll. Da der Reichsrat die ursprüngliche in der Regierungsvorlage vorgesehene Höhe gestrichelt habe, empfehle sich die Wiederherstellung des früheren Zustandes. Dr. Krummer, als Vertreter der verarbeitenden Industrie, stellte fest, daß die Forderung des Herrn Reichardt eine schwere Belastung für den Verhandlungsprozess darstelle. Ihm wird offiziell durch den Zentrumsmann Kammmerer, der seine Stellungnahme abhängig machen will von einer definitiven Antwort der Regierung, ob es sich bei diesen Zöllen um Kompensations- oder Kampfbälle handle. Dem langjährigen Senator Dr. Schneider geht der Vorschlag Kammmerers nicht weit genug. Wenn er ursprünglich für einen Zoll auf diese Artikel eingetreten sei, so habe er sich durch die Feststellungen der weiterverarbeitenden Industrie überzeugen lassen, daß in diesem Falle von einem Schutz Zoll Abstand genommen werden müsse. Genosse Hilferding wies auf die außerordentliche handelspolitische Gefahr hin, gewisse Zolländerungen, die sich offensichtlich gegen England richten, durchzuführen. Da durch werde die Zahl der Schutzzölle in England vermehrt und ihre Position verstärkt. Genosse Künzler betonte die verhängnisvolle Wirkung der Zölle auf Schmiedewaren, Guß- und Eisenwaren. Genosse Krüger wandte sich gegen die Zölle auf Kupferwaren. Während man Kupfer freilassen, werden die verarbeiteten Zölle, wie zum Beispiel Armaturen, mit sehr hohen Zöllen belegt, trotzdem die Unternehmer selbst gar keine Hilfe von der Regierung verlangen. Dismann betonte die Rücksichtlosigkeit solcher Zölle auf die Schiffbauindustrie, deren Anteil durch solche Maßnahmen ganz bestimmt nicht beeinträchtigt werden könne.

Dann folgten Bestimmungen über die behandelten Gruppen. Selbstverständlich lehnte der Abstimmungsamt der Regierungsparteien die Anträge der Sozialdemokraten ab. Die Regie lehnte erst aus bei der Abstimmung über die Zölle; Schwerindustrie und Agrarier blieben über alles. Die Agrarier bezichtigten das große Interesse an Wechsellagen, weil sie dadurch die Großindustrie bei den Agrarzöllen zur Gewaltpolitik verpflichten wollten. — Weiterberatung: Dienstag, 9 Uhr.

Kleine politische Nachrichten

Vom deutsch-polnischen Handelskrieg

Das in Warschau erscheinende Gesetzbuch der polnischen Republik Sienkiewicz hat veröffentlicht eine Verordnung des polnischen Ministerrates, laut der die Einfuhr bestimmter deutscher Waren in Polen verboten wird, u. a. von Karbfabrikaten, Gummiwaren, Hausgerät und Verbrauchsgegenständen aus Eisen, Stahl, Kupfer, Nickel, Aluminium und anderen Metallen und Metalllegierungen mit Ausnahme von Röhrenleitungen und Erdbrennlampen, Türen und Fensterbeschlägen, Rädern, Schrauben, Schraubmuttern, Lokomotiven und Tenders, Achsen, Musikinstrumenten, Knöpfen. Die Verordnung tritt vier Tage nach Verlautbarung, also am 17. Juli, in Kraft.

Belastungsproben der tschechischen Koalition

Verfälschung des Wahlrechts — Der Konflikt mit dem Vatikan

Von unserm tschechischen Mitarbeiter

Die alltschechische Regierungskoalition hat sich bisher als ungenügend elastisch erwiesen. Die schwersten Belastungsproben hat sie glücklich bestanden, jede der vielen Krisen, die sie zu sprengen drohten, durch Kompromisse überstanden. Die schroffsten Feinde einander tschechische Sozialdemokraten und Agrarier im Streit um die Getreidezölle gegenüber! Und wie friedlich haben sie sich, die zwei ihre Zeitungen einander noch mühevoll anstehen, hinter den Kulissen geeinigt! Die Getreidezölle werden eingeführt, aber erst bei einem niedrigeren Getreidepreis, so daß sie erst zu einer Zeit wirksam werden, da sie im Wahlkampf, für den jetzt schon alle Parteien rüsten, keine Rolle mehr spielen können. Und da man bei allen Koalitionsparteien dem Wahlkampf mit einigem Unbehagen entgegensteht, hat man sich auch gleich über eine Wahlreform geeinigt, die den Koalitionsparteien auch im künftigen Parlament die Mehrheit sichern soll.

Das Wahlsystem wird nicht geändert. Die Listenwahl wird beibehalten, aber beim zweiten scrutinium (Wahlverfahren) werden nur mehr jene Parteien berücksichtigt, welche wenigstens in einem Wahlkreise ein Mandat erhalten und im ganzen mindestens 2 Prozent aller abgegebenen Stimmen bekamen. Eine Partei, die nicht mindestens 120 000 bis 140 000 Stimmen bekommt, wird also überhaupt leer ausgehen; ihre Stimmen fallen bei einem überaus komplizierten dritten scrutinium den großen Parteien jener Nation, welcher die durchgefallene Partei angehört, zu. Es handelt sich also bei der Wahlreform nicht so sehr um eine nationale Entzweiung — sogleich bei diesem Wahlsystem eine so kleine nationale Minderheit, wie die bloß 75 000 Köpfe zählende polnische, kein Mandat bekommen kann — als vielmehr um die Unterdrückung der kleinen Parteien. Von einigen Koalitionsparteien sind kleine Gruppen abgetrennt, die bei den kommenden Wahlen als selbständige Parteien auftreten wollen. Vor allem die tschechische Agrarpartei, die Partei des Ministerpräsidenten, wird durch eine solche Opposition, die unter der Führung des getrennten Senatspräsidenten Profschek steht, bedroht. Die Wahlreform wird es verhindern, daß diese Partei ein Mandat erhält. Ihre Stimmen werden, ob es die Wähler wollen

oder nicht, im dritten scrutinium doch der Koalition zu fallen. Verfälschungen innerhalb der Koalitionsparteien wird die Wahl zweifellos bringen, aber der Gesamtbestand der Koalition wird nicht sehr geschwächt werden. Der Bestand der Deutschen wird kaum beeinträchtigt werden, wohl aber wird den kleinen deutschen Parteien, wie den „Deutschdemokraten“ und der Gewerpartei, das selbständige kandidieren unmöglich gemacht. Sie müssen in irgendeiner Wahlkoalition unterzuschießen versuchen.

Daß die Wahlreform angenommen wird, ist außer allem Zweifel, denn die Gesetzesvorlage wurde ja, ehe sie dem Parlament vorgelegt wurde, von den Koalitionsparteien vereinbart. Die tschechischen Sozialdemokraten sind an der Wahlreform nicht interessiert, denn die sie bedrängenden Kommunisten gehören ja nicht zu den kleinen Parteien. Aber die Sozialdemokraten wissen, was sie der Koalitionsdisziplin schuldig sind, so schlecht die Koalition sie auch behandelt.

Nun aber droht freilich der Koalition eine größere Gefahr als je zuvor, die Gefahr der Sprengung durch einen Kulturkampf, hervorgerufen durch den päpstlichen Gesandten, Monsignore Mormaggi, der zum Protest gegen die Teilnahme des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten an der Prager Hus-Feier aus Rom abgereist ist. Zum ersten Male wurde heuer der Tag der Verdrömmung des großen Reformators und Revolutionärs als staatlicher Gedenktag gefeiert. Die Einführung dieses Gedenktages war Ergebnis einer Kompromisse, mit dem der Streit um die Feiertage beendet wurde: die Meriten wurden befriedigt durch die Einführung des Christi- und Method-Tages, die Antimeriten durch die Festsetzung des Hus-Tages. Der Hus-Tag wird in der Tschechoslowakei nicht nur von den Freidenkern gefeiert, sondern auch von den Nationalisten, denn Hus war einer der ersten nationalen Vorkämpfer des Tschechentums, und die große revolutionäre tschechische Bewegung war, obwohl durch soziale Gegensätze bedingt, doch zugleich eine antideutsche Bewegung. Sie mußte es sein, denn Großhandel und hohe Geistlichkeit sowie das wohlhabende Bürgertum in den böhmischen Städten, gegen welche sich die Bewegung wandte, waren deutsch. Im Lager der Hülfen standen die tschechische niedere Geistlichkeit, der „Reinhold